



## **Presseerklärung**

### **Gewalt gegen Polizeibeamte**

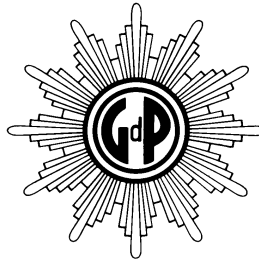
Am 8. Februar 2010 starten wir zusammen mit den zehn Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen die größte Polizeiforschung, die es in Deutschland jemals gegeben hat. Gemeinsam bitten wir 85.674 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte über Extrapol – einer nur der Polizei zur Verfügung stehenden Internetplattform – online einen Fragebogen dazu auszufüllen, ob sie seit 1. Januar 2005 im Dienst durch eine Gewalttat verletzt worden sind. Wir möchten insbesondere klären, in welchen Bereichen die Gewalt gegen Polizei zugenommen hat, warum das so ist und wo sich Ansatzpunkte dafür ergeben, Polizeibeamte wirksamer gegen solche Angriffe zu schützen. Zum einen können wir hier auf Vergleichsdaten einer KFN-Untersuchung des Jahres 2000 zurückgreifen. Zum anderen soll die Frage, ob und wo es eine Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte gegeben hat auch im Vergleich der 10 Halbjahre des aktuellen Untersuchungszeitraumes geklärt werden.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Direktor des KFN: „Polizeibeamte berichten heute weit häufiger als früher, dass sie bei normalen Festnahmeaktionen sehr massiven und oft auch tätlichen Anfeindungen des Beschuldigten sowie seiner Familienmitglieder, Freunden oder Nachbarn ausgesetzt seien. In eigenen Untersuchungen haben wir ferner festgestellt, dass der Alkoholkonsum junger Menschen in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Daraus entwickeln sich nicht selten mit Gewalt verbundene Konflikte, bei denen die Polizei einschreiten muss. Weitere Bereiche, in denen möglicherweise die Gewalt gegen Polizeibeamte angestiegen ist, sind Auseinandersetzungen mit Gewalt orientierten Gruppen wie etwa Hooligans, Autonome oder Rechtsextreme.“

Zwischenzeitlich hatte es insbesondere mit Vertretern von Polizeigewerkschaften wegen des Projektes öffentliche Debatten gegeben. Pfeiffer: „Wir haben darauf reagiert und alle psychologischen Fragen aus dem Fragebogen herausgenommen und freuen uns nun, dass die Untersuchung in allen teilnehmenden Bundesländern von der GdP unterstützt wird und in Niedersachsen auch von dem Landesverband der DPoIG.“

Von dem Projekt erhoffen wir und die beteiligten Bundesländer auch Erkenntnisse über unsere Gesellschaft und das Verhältnis der Bürger zum Staat. Pfeiffer: „Insbesondere die Analyse zur Längsschnittentwicklung von Gewaltübergriffen gegen Polizeibeamten dokumentiert eine spezifische Fieberkurve unserer Gesellschaft und vermittelt so neue Einblicke in die Entstehung und die Eskalation besonderer Konfliktlagen.“

Hannover, 1. Februar 2010



Berlin, 2. Februar 2010

KFN startet Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“:

## Freiberg: Studie soll wertvolle Hinweise für besseren Schutz von Polizistinnen und Polizisten bringen

**Berlin.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt den bevorstehenden Start der vom Kriminologischen Forschungsinstitut (KFN) in Hannover durchgeführten Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“. Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Von den Ergebnissen dieser groß angelegten und von der GdP unterstützten Studie erwarten wir wertvolle Hinweise auf einen verbesserten Schutz von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einzel- und Streifendienst, bei Demonstrations- und Fußballereinsätzen sowie Großlagen.“

Es sei erfreulich, so Freiberg, dass es gelungen sei, offenbar bestehende Irritationen im Zusammenhang mit dem vom KFN konzipierten Fragebogen zu beseitigen. Gleichwohl sei zu bedauern, dass sich der Bund und einige Länder der Teilnahme verweigert hätten.

Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte habe, so der GdP-Vorsitzende, in den letzten Jahren massiv zugenommen. Es sei höchste Zeit, der Sache auf den Grund zu gehen und Mittel zu finden, diesem Besorgnis erregenden Phänomen wirksam entgegenzutreten zu können.

Freiberg: „Unabhängig von dem Ausgang der Studie fordert die GdP mit der Einführung eines Paragraphen ‚115 StGB – Tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten‘ eine Erweiterung des rechtlichen Sanktionsrahmens für die immer häufiger werdenden unvermittelten Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten.“ Solche Attacken aus dem Nichts heraus könnten damit auch dann bestraft werden, so der GdP-Vorsitzende, wenn der Beamte oder die Beamtin nicht verletzt werde.

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190